

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 12

Artikel: Gewerkschaftspolitik unter veränderten Verhältnissen
Autor: Müller, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 12
Dezember 1978
70. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»



Gewerkschaftspolitik unter veränderten Verhältnissen

Richard Müller¹

Dieser Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist ein Kongress in schwieriger Zeit. In einer Zeit der Betriebsschliessungen. In einer Zeit, wo Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden. In einer Zeit, in der die Arbeitnehmer wieder Ungewissheit und Unsicherheit fühlen, wenn sie an ihre Zukunft denken. Es ist die Zeit von Kurzarbeit, von Entlassungen, die über Nacht über die Betroffenen hereinbrechen. Es ist die Zeit der Lohndrückerei, des offenen und verschleierte Lohnabbaues.

Wer immer nach dem Schuldigen für diese Zustände sucht, spricht vom Schweizer Franken, spricht davon, dass sich die konjunkturelle Wetterlage nun eben verdüstert habe, spricht von Krisengewittern, die sich gleichsam in Form unabwendbarer Wolkenwände unserem Lande näherten... Über die Wirtschaftslage wird gesprochen, als handle es sich um Naturereignisse, die nur ganz bedingt beeinflusst werden könnten, die auch niemand verantworten, die einfach so über uns hereingebrochen seien – genau wie ein Unwetter.

Wir wissen, dass dieser Sprachgebrauch dazu dient, die Tatsachen und Hintergründe zu verschleiern. Die Tatsache beispielsweise, dass jeden Tag mit einer irren Spekulation – ich finde kein anderes Wort als irr – das internationale Währungsgefüge durcheinandergebracht wird. Diese Spekulation geschieht aber nicht von selbst. Dahinter stecken Spekulanten, darauf aus, Millionen und aber Millionen Gewinn zu scheffeln, ganz gleich, was für Konsequenzen ihr Tun hat. Zu diesen Spekulanten gehören multinationale Konzerne, gehören Banken, gehören Millionäre und Milliardäre. Ihre Manipulationen, die offenbar zur gelobten «freien Marktwirtschaft» gehören, haben

¹ Referat des neu gewählten Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am SGB-Kongress vom 26.–28. Oktober 1978 in Lugano.

grössere Bedeutung für den Gang der Dinge in der Welt und in den einzelnen Ländern als jedes Wort einer demokratisch gewählten Regierung. Die Schweiz ist dafür das wohl beste Beispiel: Mit unserem Franken wird ein Spiel getrieben, das uns Tausende von Arbeitsplätzen kosten wird, das Familien ins wirtschaftliche Unglück stossen wird. Unsere Regierung und unsere Nationalbank haben diesem Spiel der internationalen Spekulanten wenig bis nichts entgegenzusetzen.

Was ist das für ein Wirtschaftssystem, das von millionenschweren Tagedieben abhängig ist, die sich der Spekulation verschrieben haben? Was ist das für ein Wirtschaftssystem, das von den Strauchrittern multinationaler Konzerne und multinationaler Geldhändler abhängig ist, die per Telefon und Telex Milliarden schaukeln zum eigenen Gewinn und gleichzeitig Arbeitsplätze einfacher und arbeitsamer Menschen ausradieren?

Es ist – vorläufig noch – unser System.

Wir haben uns hier zusammengefunden in einer Zeit, in der der Werkplatz Schweiz bedroht ist. Zwar bietet unser Land auf den ersten Blick immer noch ein Bild von Stabilität:

- Unsere Inflation liegt unter der Traumgrenze von einem Prozent.
- Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich ebenfalls unter einem Prozent.
- Unsere Zahlungsbilanz erweckt den Neid der übrigen hochindustrialisierten Länder.

Doch der äussere Schein trügt: Wir haben in den Rezessionsjahren von 1974 bis 1976 über 300 000 Arbeitsplätze verloren. Wir haben Hunderttausende von Gastarbeitern nach Hause geschickt. Und ich muss hier einflechten: nach Hause tönt viel zu schön. Wir haben sie ins Ungewisse geschickt, dorthin zwar, wo sie herkamen, aber dorthin auch, wo es an Arbeit und Verdienst fehlt.

Ein weiteres Mal werden wir die Arbeitslosigkeit nicht exportieren können. Die nächsten Verluste an Arbeitsplätzen werden Schweizer treffen, werden Gewerkschafter treffen, werden hochqualifizierte Arbeitnehmer treffen, Familienväter, die sich ihr Leben eingerichtet haben, deren Kinder etwas kosten, weil sie in der Ausbildung sind, deren Familie von einem sicheren Arbeitsplatz sehr stark abhängig ist. Ich will nicht Schwarzmalen sein. Aber wir müssen wissen, was auf uns zukommt, was auf uns zukommen kann, wenn wir dagegen ankämpfen wollen. Wer seinen Stier nicht kennt, kann ihn auch nicht bei den Hörnern packen.

Ich will hier auch gar nicht ausführlich von jener schleichenden Arbeitslosigkeit reden, die Menschen trifft, die sich nicht wehren können: Invalide, sozial Schwache, Heimarbeiterinnen, vor allem aber Frauen, die ohne Aufhebens an den Herd zurückkehren, von dem man sie in Zeiten der Hochkonjunktur weggeholt hat.

Das schleichende Unrecht, das diesen Mitmenschen geschieht, wird kaum erfasst. Wir haben uns offenbar bereits daran gewöhnt, dass es sich bei den Entlassungen von Invaliden, von sozial Schwachen, von Heimarbeiterinnen und von Frauen um «Randprobleme» der wirtschaftlichen Entwicklung handelt. Wenn es uns allerdings ernst ist mit der Absicht, dass der Werkplatz Schweiz Vorrang hat vor dem Finanzplatz Schweiz, dann gehen uns alle an, die ihren Werkplatz verlieren.

Die soziale Gerechtigkeit – und zu ihr gehört das Recht auf einen Arbeitsplatz – ist unteilbar wie die Freiheit. Der Werkplatz Schweiz ist bedroht. Das ist eine unbestrittene Tatsache. Es ist auch eine groteske Tatsache, eine absurde Tatsache, eine Tatsache, die in uns den Zorn hochsteigen lässt:

- Die schweizerische Arbeitnehmerschaft gehört zu den qualifiziertesten der Welt.
- Die schweizerische Arbeitnehmerschaft beherrscht eine Technologie, die Weltspitze ist.

Und dennoch ist dieser schier einmalige Werkplatz bedroht. Warum: Weil die herrschende internationale Wirtschafts- und Währungsanarchie den Schweizer Franken zum Sammelobjekt hochgetrieben hat und sich unsere Produkte damit derart verteuerten, dass sie nur noch bedingt konkurrenzfähig sind.

Diese herrschende Wirtschafts-anarchie trifft nicht nur Schweizer Arbeitnehmer. Sie trifft in anderer Form seit langem die Werktätigen anderer Länder, zum Beispiel die Werktätigen Italiens. In Hochkonjunkturzeiten bis 1973 konnten wir miterleben, was ein Wirtschaftssystem zustande bringt, das nicht soziale Gerechtigkeit, sondern privaten Profit zum höchsten Ziel erkoren hat: In der Schweiz herrschte in jener Zeit akuter Mangel an Werktätigen. Sie strömten aus Italien und andern Ländern des südlichen Europas zu uns. Denn in Italien – einige Autostunden von uns – herrschte Mangel an Arbeitsplätzen, herrschte (und herrscht) soziales Elend.

Wer immer die heutige Form des kapitalistischen Wirtschaftssystems preist, der soll sich umsehen in Europa: Allein im Raum der Europäischen Gemeinschaften stehen rund 8 Millionen Arbeitslose auf der Strasse. Im OECD-Raum (die OECD ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und umfasst 24 Staaten) rücken die Arbeitslosenzahlen gegen 20 Millionen. Das sind Zahlen, an denen wir teilhaben werden, wenn die gegenwärtige Entwicklung nicht abgewendet werden kann.

Dem gefährdeten Werkplatz Schweiz steht der florierende Finanzplatz Schweiz gegenüber. Was ist geschehen? Noch vor 10 Jahren war im Bewusstsein des Schweizer Bürgers der Werkplatz die Garantie für das wirtschaftliche Gedeihen und Überleben unseres Landes. Jetzt ist das plötzlich nicht mehr wahr.

Es hat sich viel abgespielt in den letzten 10 Jahren. Die schweizerischen Grossbanken sind zu internationalen Giganten angewachsen, die in allen Erdteilen ihren Geschäften nacheilen. Sie haben eine Grösse und eine Macht erreicht, die sich nicht mehr einordnen lässt in die Kleinräumigkeit unseres Landes. Die Schweiz ist zu klein für diese Bankriesen. Oder besser ausgedrückt: Diese Bankriesen sind zu gross.

Selbstverständlich sind sie nicht allein verantwortlich für den hohen Frankenkurs. Sie haben nur wacker und stets im Sinne des Profites mitgeholfen, die Schweiz zum Mekka des internationalen Kapitals zu machen. Man kann es nobel ausdrücken: Sie sind ein Refugium für das internationale Kapital geworden. Man kann es auch weniger nobel ausdrücken: Sie ziehen das internationale Kapital an wie Kuhdreck die Schmeissfliegen.

Die Gigantomanie der Banken hat mitgeholfen, den Schweizer Franken zur Reservewährung, zum Sammelobjekt zu machen. Die Schweizer Banken haben ihre Dimensionen nicht den Dimensionen unseres Landes angepasst. Und heute sind wir soweit, dass statt der Finanzplatz der Werkplatz Schweiz redimensioniert wird.

Zu dieser Entwicklung zum Finanzplatz hatten wir nichts zu sagen. Es war kein demokratischer Vorgang, kein demokratischer Entscheid. Es war der Entscheid einer kleinen Gruppe: der Hochfinanz. Sie hat die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in der Schweiz verändert. Nach ihrem Gutdünken. Nach ihrem Profit.

Wirtschaft wird bei uns immer noch als Bereich abgetan, der demokratische Strukturen nicht ertrage, der aus der Demokratie ausgeklammert werden müsse. Nur ist es eben so: Wenn Grossbanken oder Grossunternehmen oder gar multinationale Unternehmen in ihren obersten Chefetagen und in ihren Verwaltungsräten etwas entscheiden – unter sich entscheiden und für sich entscheiden –, dann bleibt die übrige Gesellschaft nicht ausgeklammert, dann sind Arbeiter und Politiker betroffen, dann ist ein ganzes Land betroffen. Diese Zusammenhänge gilt es zu sehen: Wir sollen nichts zu sagen haben zu den Entscheidungen, die in Finanz und Wirtschaft getroffen werden. Die Entscheidungen aber, die dort – ohne uns – getroffen werden, sollen unser Leben verändern dürfen, sollen unsere Arbeitsplätze gefährden dürfen, sollen die Wohlfahrt unseres Landes untergraben dürfen...

Das können wir nicht länger akzeptieren. So haben wir nicht gewettet. So wird unsere Demokratie immer mehr zur Farce, zur Vorspielung falscher Tatsachen.

Längst ist der Spielraum der demokratischen Politik eingeengt. Es kommt hinzu, dass die Mächtigen in diesem Land ihre Repräsentanten auch in der Politik haben. Ein gutes Beispiel ist die Finanzpolitik: Es soll verhindert werden, dass auch die Banken zur Kasse müssen. Nach Meinung des Ständerates soll sogar ganz und gar einseitig

der kleine Konsument, also der einfache Lohnempfänger die Hauptlast der Finanzreform tragen.

So sind die Verhältnisse in diesem Land: Die Interessen einer immer kleiner werdenden – aber auch immer mächtiger werdenden – Minderheit setzen sich durch. Der grossen Mehrheit der Werktätigen bleibt das Nachsehen.

Unser Ehrengast, Bundesrat Fritz Honegger, hat uns erklärt, der Bundesrat sei bereit, alles zu tun, um eine wirtschaftliche Katastrophe zu verhindern. Ich zweifle, ob die Mehrheit des Bundesratskollegiums dazu wirklich bereit ist. Die währungspolitischen Massnahmen der Nationalbank erweisen sich als Tropfen auf einen heissen Stein. Es braucht mehr als die Interventionen der Nationalbank auf dem Devisenmarkt. Es braucht ordnungspolitische Eingriffe, die zwar nicht ins Bild einer sogenannten «freien Marktwirtschaft» passen, die aber unserer Exportindustrie wieder zu Konkurrenzfähigkeit verhelfen.

Wir wollen, dass in der Welt wieder von unseren Uhren gesprochen wird. Wir wollen, dass man in der Welt wieder unsere Maschinen kauft. Wir wollen der Welt unsere Textilprodukte anbieten. Wir wollen die Welt in unseren Tourismus-Zentren empfangen. Was wir nicht mehr wollen: dass man überall nur noch von unseren Banken spricht. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Gewerkschaften vereinigt mit der politischen Linken die einzige Macht darstellen, die imstande ist, Vollbeschäftigung durchzusetzen. Das Recht auf Arbeit – auf menschenwürdige Arbeit – ist ein Menschenrecht. Wir nehmen es nicht hin, dass in der westlichen Welt Millionen Menschen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten arbeitslos bleiben oder arbeitslos werden.

Wir nehmen es auch nicht hin, dass in der Schweiz für 100 000 Jugendliche, die in den nächsten Jahren aus der Schule kommen, keine sinnvolle und befriedigende Arbeit zur Verfügung steht.

Und wir nehmen es erst recht nicht hin, dass durch die technologische Rationalisierung, durch Mikroprozessoren beispielsweise, Zehntausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden.

Wenn wir dieser «freien Marktwirtschaft» (ich setze sie immer in Gänsefüsschen) ihren freien Lauf lassen, wenn wir das anarchistische Streben nach dem höchsten Profit, nach wirtschaftlicher Macht und Vorherrschaft nicht stoppen, dann steuern wir einer Katastrophe entgegen, die sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch auswirken wird.

Wer sich heute dagegen wehrt, dass in der Wirtschaft Ordnung gemacht wird, handelt verantwortungslos. Sogar Unternehmer, denen das Währungswasser am Hals steht, haben dies erkannt. Man spricht unter Industriellen, die sich etwas gedacht haben zur aktuellen Lage, von einem «Marsch auf Bern». Man will die Behörden davon überzeugen, dass schärfere Massnahmen nottun.

Es ist tatsächlich an der Zeit, dass die Unternehmer erkennen, wo sie Solidarität zu suchen haben, wo sie echte Solidarität auch finden. Nur die echte Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern bringt jenes Zusammenwirken, das heute und in Zukunft unumgänglich ist. Das aber heisst qualifizierte Mitbestimmung. Das heisst auch: Der Arbeitnehmer muss ein neues Bewusstsein entwickeln. Er darf sich nicht mehr als Objekt der wirtschaftlichen Vorgänge fühlen. Er muss Subjekt werden. Er muss mitarbeiten, mitbestimmen, mitkämpfen, wenn es nötig ist. Mittragen, das tut der Arbeitnehmer seit je. Sogar die grösste Last, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert, ohne dass er dazu auch nur ein Wörtchen sagen kann. . . .

Die kommenden Jahre dürfen allerdings nicht nur der Abwehr einer drohenden oder hereinbrechenden Krise gewidmet sein. Wir Gewerkschaften müssen auf dem Weg zur sozialen Gerechtigkeit voranschreiten, im Sinne einer Vorwärtsstrategie. Dazu gehören: Abbau der Arbeitszeit, Verlängerung der Ferien, verfassungsmässig und gesetzlich verankerte Mitbestimmung, gleicher Lohn für die Frauen, eine Berufsbildung, die unserer Zeit und unseren Anforderungen entspricht.

Wir leben nicht in einer Welt, deren Arbeitsvorrat zu Ende geht. Ganz im Gegenteil: Arbeit gibt es in Hülle und Fülle, sinnvolle Arbeit, die der menschlichen Gesellschaft ein qualitatives Wachstum garantiert. Allein die Rettung unserer Umwelt vor Immissionen bedingt einen gewaltigen Arbeitsaufwand. Die Sanierung von Tausenden von Wohnungen bringt dem Baugewerbe Arbeit und Einkommen. Die Energiesparmassnahmen, die immer dringender werden, sind ebenfalls mit Arbeit verbunden.

Ich predige nicht Null-Wachstum wie manche Propheten von links und von rechts. Ich meine nur: Das Wachstum muss gelenkt werden in Bahnen, die allen dienen. Nicht mehr allein der Anreiz des raschen und hohen Profits darf Massstab der Produktion sein. Der Sinn einer Arbeit für unsere Gesellschaft muss ausschlaggebend werden.

Ich weiss, dass solche Worte vielen – sogar manchen Gewerkschaftern – noch vorkommen wie Deutungen eines Traumes, der doch nie Wirklichkeit werden kann. Es ist nicht so. Die reine Vernunft führt zu solchen Überlegungen. Wir leben in einer Zeit, in der Vernunft als haltloser Idealismus oder als Ketzerei oder auch Schwärmerei abgetan wird. Die Vernunft muss kämpferisch werden, wenn sie sich durchsetzen soll.

Ein Ort, wo kämpferische Vernunft sich entwickeln muss, sind wir Gewerkschaften. Unsere Aufgabe ist es zwar, vorab einmal aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen das Beste für unsere Arbeiterschaft herauszuholen. Die einen tun's militant. Die andern wählen den leiseren Weg. Für alle ist Platz. Auch für die Aufmüpfigen, für die Neuerer, aber eben auch für die Konservativeren, die

schon viel hinter sich haben und jugendlichem Temperament deshalb misstrauisch gegenüber stehen.

Doch neben unserer Alltagsarbeit müssen wir jene Vernunft entwickeln, die Fehlentwicklungen entgegensteht, weil wir auch den Töchtern und Söhnen und den Enkeln unserer heutigen Arbeitnehmer eine lebenswerte Arbeitswelt garantieren wollen. Das heisst für uns ganz konkret: Wir müssen ein Ort der Bildung werden für unsere Mitglieder. Ein Ort der Bewusstseinsbildung. Ein Ort, wo kritische Arbeitnehmer ihre Stimme haben, ihre Stimme erheben... Gewerkschafter sein heisst kritischer Bürger sein. Gewerkschaftsarbeit ist politische Arbeit. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist ein Gewicht in der Schweizer Politik. Er kann es nur sein, weil Hunderttausende von Gewerkschaftern ihm Kraft verleihen.

Es ist allerdings auch Zeit, dort Selbstkritik zu üben, wo sie geübt werden muss: Nur noch 25 Prozent der Arbeitnehmer beteiligen sich aktiv an unserer Demokratie. Wo haben wir versagt? Wann haben wir uns von einem ganz erheblichen Teil unserer Basis entfernt? Sind wir in den letzten 10 oder 15 Jahren zu stark Funktionäre gewesen und zu wenig Mitmenschen? Sind unsere Organisationen zu wenig Ort der Begegnung? Geht von uns aus zu wenig menschliche Wärme?

Ich weiss nicht, woran es genau liegt, dass wir Mühe haben mit unserer Anziehungskraft. Ich weiss nur: Wir werden diese und ähnliche Fragen untersuchen müssen. Es geht nicht nur um uns. Es geht um alle.

Dieser Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist ein Kongress in schwieriger Zeit. In einer Zeit, in der wir über die Grenzen unserer Alltagsarbeit hinausblicken müssen. In einer Zeit, in der es darum geht, dass wir – im Interesse unserer ganzen Gesellschaft – für die richtigen Dimensionen eintreten: Für die richtigen Dimensionen im wirtschaftlichen und im politischen Bereich.

Von uns soll die Vernunft ausgehen, die schliesslich revolutionär wirken muss in einer Zeit, in der Unvernunft so mächtig ist und so viel zerstört. Unsere Vernunft hat einen einzigen Massstab: das Glück für jeden Menschen. Daran messen wir unsere Tätigkeit. Darum sind wir auch seit je dem Fortschritt verpflichtet.

Die schweizerische Arbeiterbewegung hat eine stolze Tradition. Zusammen mit der politischen Linken hat sie dem Land den Fortschritt gebracht. Wir dürfen nie vergessen, dass dieser Fortschritt erkämpft werden musste. Gegen genau die gleichen Kreise, die heute wieder bremsen und zurückbuchstabieren wollen.

Wir haben die Schweiz menschlicher gemacht und gerechter. Wir gehen unseren Weg weiter. Wir müssen die Lauen und die Resignierten wecken. Zusammen – Private, Öffentliche, Männer und Frauen, Junge und Alte – sind wir die Zukunft der Schweiz.